

Paralympics rücken die Probleme und Interessen der Menschen mit Behinderung wieder stärker in den Fokus

Interview mit Dr. Jürgen Schneider, Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderung, über die Interessenbekundung Berlins für die Ausrichtung Olympischer und Paralympischer Spiele 2024 oder 2028

Berlin wurde 2013 mit den „Access City Award“ der Europäischen Kommission als barrierefreie Stadt ausgezeichnet. Das klingt, als sei in Berlin auf dem Gebiet der Barrierefreiheit im Prinzip schon alles in Ordnung?

Wir haben tatsächlich in Berlin gute infrastrukturelle Voraussetzungen, die sich über viele Jahre entwickelt haben. Das hat auch damit zu tun, dass es vor über 20 Jahren schon mal eine Olympiabewerbung Berlins gegeben hat, an der ich als Paralympicsbeauftragter beteiligt war, auch wenn diese Funktion damals noch nicht so hieß. Gemeinsam mit der damaligen Sozialsenatorin Ingrid Stahmer und den Behindertenverbänden haben wir damals erkannt, dass in der Olympia-Bewerbung ein großer Gewinn für die Menschen mit Behinderung und damit für die ganze Stadt liegen könnte.

Worin lag dieser Gewinn der Olympiabewerbung?

Die Antwort reicht zurück ins Jahr 1987. Damals erlebte Berlin eine Telebus-Krise. Der so genannte Sonderfahrdienst war für Rollstuhlfahrer die einzige Möglichkeit, am öffentlichen Leben teilzunehmen, denn es gab keine Aufzüge im Nahverkehr in Berlin und keinen Bus, mit dem Rollstuhlfahrer mitfahren konnten. Deshalb haben die Rollstuhlfahrer protestiert und den Bussen den Weg versperrt, um auf ihre Situation aufmerksam zu machen. Es wurde daraufhin ein Maßnahmenkatalog entwickelt, mit dem die Stadt behindertenfreundlicher gemacht werden sollte. Die Bewerbungsphase um Olympische und Paralympische Spiele Anfang der 90er Jahre gab letztendlich den Ausschlag, aus diesem Maßnahmenkatalog die „Leitlinien zum Ausbau Berlin als behindertengerechte Stadt“ zu entwickeln, die der Senat 1992 beschlossen hat und die dann offizieller Bestandteil der Berliner Paralympics-Bewerbung wurden.

Worum geht es in den Leitlinien?

Sie beziehen sich auf Maßnahmen zur Barrierefreiheit der gesamten Infrastruktur– von den öffentlichen Verkehrsmitteln über Baumaßnahmen auch im Sportbereich bis dahin, dass der Anteil der barrierefrei zugänglichen Zimmer bei neuen Beherbergungsbetrieben, also auch bei Hotels, mindestens 10 Prozent betragen muss. Diese Regelung ist bundesweit einmalig. Neulich fand ein Treffen der Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen, darunter sind auch mehrere Rollstuhlbenutzer, in Stuttgart statt. Die Veranstalter hatten große Probleme, ein Hotel zu finden, in dem alle Angereisten unterkommen konnten. In Berlin ist das kein Problem mehr, nachdem auf der Grundlage der Leitlinien von 1992 im Jahr 1999 das Landesgleichberechtigungsgesetz verabschiedet wurde– das erste in der Bundesrepublik überhaupt. Davon profitiert die ganze Stadt. Von den Aufzügen profitieren nicht nur Menschen mit Behinderungen, sondern auch alte Menschen, Menschen, die aufgrund von Unfällen vorübergehend eingeschränkt sind, Eltern, die mit Kinderwagen unterwegs sind, und Fahrradfahrer. Fazit: Aus der Not derjenigen, die keine Alternative

haben, wie die Rollstuhlfahrer, profitieren schließlich - dank der Olympiabewerbung – auch viele andere Personengruppen.

Wie sind zurzeit die Lebensbedingungen für Menschen mit Behinderungen in Berlin in Bezug auf Barrierefreiheit?

Gerade im Öffentlichen Personen- und Nahverkehr haben wir viel erreicht. Seit 2009 sind alle Busse barrierefrei. 90 Prozent der S-Bahnsteige sind mit Aufzügen zu erreichen. Die U-Bahn soll bis zum Jahr 2020 zu 100 Prozent barrierefrei sein. Das ist positiv. Ich war kürzlich in Moskau. Die U-Bahn dort ist wunderschön, aber in der Regel für Rollstuhlfahrer nicht benutzbar. Ich habe in den zwei Tagen keinen einzigen Rollstuhlbenutzer auf der Straße gesehen.

Wo gibt es in Berlin Nachholbedarf, der mit einer Ausrichtung Olympischer und Paralympischer Spielen schneller beseitigt werden könnte?

Im ÖPNV sind weitere Verbesserungen nötig. Die BVG hat zum Beispiel die Klapprampe im Bus an der ersten Tür abgeschafft. Es gibt nur noch eine an der zweiten Tür. Aber häufig kann der Bus die Haltestelle nur schräg anfahren. Dann hängt die Klapprampe im Straßenland und Rollstuhlfahrer kommen nicht in den Bus. Wir brauchen mehr so genannte Buskaps, die dafür sorgen, dass der Haltestellenbereich nicht von Autos zugeparkt wird und die Busse parallel zum Straßenrand halten können.

Außerdem müssen wir das Zwei-Sinne-Prinzip verwirklichen. Das bedeutet, dass Fahrziel und Liniennummer des Busses und der Tram draußen an der Haltestelle und im Innenraum sowohl als akustische als auch als lesbare Informationen bereitgestellt werden.

Des Weiteren gilt es, das barrierefreie System des ÖPNV noch störungssicherer zu machen. Das Informationssystem über kaputte Aufzüge muss vor allem bei der S-Bahn weiter verbessert und die Reparaturzeiten müssen verkürzt werden.

Inwiefern können Olympische und Paralympische Spiele auch zu Veränderungen im Zusammenleben zwischen Menschen mit und ohne Behinderung führen, zu mehr Verständnis und Toleranz sowie weniger Berührungsängsten?

Mit den Paralympics werden die Probleme und die Interessen der Menschen mit einer Behinderung wieder stärker in den Fokus der Öffentlichkeit rücken. Ich spreche von Willkommenskultur und denke dabei auch an den Zugang zu kulturellen Einrichtungen wie Theater, Museen, Klubs. In vielen Einrichtungen werden irgendwo im Saal ein oder zwei Stühle für Rollstuhlfahrer angegeben - meist ohne Rücksicht darauf, wie gut die Sicht oder wie die Akustik an dieser Stelle ist. Es fehlt an flexiblen Möglichkeiten, feste Bestuhlung im Bedarfsfall zu entfernen. Berlin rühmt sich seiner exotischen Veranstaltungsorte im dritten Hinterhof im Keller. Aber oft sind diese für Rollstuhlfahrer oder sehbehinderte oder blinde Menschen nicht erreichbar bzw. auffindbar.

Welche Lösungsmöglichkeiten gibt es?

Im Zuge einer Bewerbung um die Ausrichtung von Olympischen und Paralympischen Spielen könnte ich mir vorstellen, dass Programme ins Leben gerufen werden, um vorhandene Bauten barrierefrei umzurüsten. Dafür müsste auch das Denkmalschutzgesetz geändert werden. Es geht nicht mehr nur

darum, die Belange der Menschen mit Behinderung zu berücksichtigen, es geht darum, klare gesetzliche Regelungen zu formulieren.

Zum Beispiel?

Wichtig sind klare Regelungen in der Bauordnung und Kontrolle ihrer Einhaltung. Deshalb fordern wir, dass mit der neuen Bauordnung ein Sachverständiger für Barrierefreiheit eingeführt wird, so wie es auch Sachverständige für Brandschutz, für Statik oder für energetisches Bauen gibt. Der Sachverständige übernimmt dann hinsichtlich der Barrierefreiheit die Verantwortung für Planung, Durchführung und Abnahme des Bauprojekts. Damit wären in vielen Fällen kostspielige Nachrüstungen vermeidbar. Das gilt übrigens auch im Bereich des Denkmalschutzes, wo oft damit argumentiert wird, dass die Kosten für die Barrierefreiheit zu hoch seien. Aber oft hat das niemand geprüft. Eine Schwelle, die in Beton gegossen ist, wird in der Regel nicht mehr beseitigt. Wenn aber Barrierefreiheit schon bei der Planung und während des Bauens berücksichtigt wird, ist Bauen fast kostenneutral, auch der Wohnungsbau.

Inwiefern könnte die Ausrichtung von Olympischen und Paralympischen Spielen in Berlin 2024 oder 2028 ein Katalysator für eine positive Veränderung auf diesen Gebieten sein?

Mit dem Paralympics rücken die allgemeinen Probleme der Menschen mit Behinderung wieder mehr in die Öffentlichkeit. Es gibt ein Defizit von 41.000 barrierefreien Wohnungen in unserer Stadt. Unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung verschärft sich die Situation in den nächsten Jahren. Es gibt immer mehr Menschen, die die Treppen von ihrer Wohnung bis zur Straße nicht überwinden können. Ihnen nutzt also ein barrierefreier Bus gar nichts. Sie können für sich dann auch nicht einkaufen gehen. Sie müssen also Pflege in Anspruch nehmen. Das Bundesinstitut für Bauwesen hat errechnet, was dieser Mangel an barrierefreien Wohnungen pro Jahr jetzt schon kostet. Drei Milliarden Euro geben Reha-Träger und staatliche Stellen für Hilfe zur Pflege aus. Bis 2030 soll sich die Summe auf über 6. Milliarden verdoppeln. Ca. 150 Millionen Euro wären es demnach derzeit in Berlin.

Haben Sie einen Wunsch im Zusammenhang mit einer möglichen Bewerbung Berlins um die Ausrichtung Olympischer und Paralympischer Spiele?

Wir gestalten mit der Strahlkraft der Spiele die Infrastruktur für Menschen mit Behinderungen, einschließlich ihres Wohnbereichs, in der Art, dass sie ganz selbstverständlich jede Einrichtung erreichen, die auch Menschen ohne Behinderung zur Verfügung steht.

Das Interview führte Angela Baufeld